

Moralischer Bankrott

Lohndumping und Sozialversicherungsbetrug - der Diakonie Hamburg droht ein Skandal

24.11.2011,

Sven Kummereincke

Leitartikel

"Die Diakonie kann in direkter biblischer Tradition gesehen werden." So schreibt das Diakonische Werk Hamburg über sich selbst. Und wer denkt da nicht an die Geschichte mit dem barmherzigen Samariter, der Nächstenliebe praktiziert, obwohl sie niemand von ihm erwartet. Die Diakonie, so heißt es in der Selbstbeschreibung weiter, tritt ein für "eine Gesellschaft in Solidarität und Gerechtigkeit, die sich an der Würde jedes einzelnen Menschen orientiert". Betriebswirte würden das eine gute "Corporate Identity" nennen. Und angesichts der 435 000 Mitarbeiter, die das Diakonische Werk in Deutschland beschäftigt, und des Umsatzes von rund 20 Milliarden Euro würden sie wohl auch von einem Groß-Konzern sprechen.

Ein schiefer Vergleich, gewiss. Schließlich will die Diakonie im Gegensatz zu Konzernen ausdrücklich keinen Gewinn erwirtschaften. Vielmehr bekennt sie sich zum Sozialstaat und zu den Interessen der Arbeitnehmer. Katrin Göring-Eckardt, Präses der Synode der EKD, hat das vor wenigen Wochen erfreulich klar formuliert: "Diakonische Unternehmen, die über privatrechtliche Konstruktionen (...) ausweichen wollen, müssen mit Ausschluss aus der Mitgliedschaft im Diakonischen Werk rechnen. Missstände wie Outsourcing mit Lohnsenkungen, ersetzende Leiharbeit und nicht hinnehmbare Niedriglöhne müssen zu ernsthaften Konsequenzen führen." Wenn sie Wort hält, dann müsste in der Hamburger Einrichtung Alten Eichen das Diakonie-Schild bald abgeschraubt werden. Wie dort mit Arbeitnehmern umgegangen wird, ist nicht nur skandalös, sondern möglicherweise kriminell. Da bekommen Mitarbeiter einer Tochterfirma, die 40 Stunden pro Woche arbeiten, 1400 Euro Monatslohn - brutto. Dabei beträgt selbst das Einstiegsgehalt für Ungelernte laut Kirchartarifvertrag 1719 Euro, also 22,8 Prozent mehr. Das nennt man Lohndumping.

Da wird einem Mitarbeiter zusätzlich ein Gehalt von 200 Euro gewährt, deklariert als Minijob bei einer anderen Tochterfirma. Obwohl er gar keinen Zusatzjob ausübt. Das nennt man Sozialversicherungsbetrug und Steuerhinterziehung.

Ein bedauerlicher Einzelfall? Leider nicht. Diese Methoden haben zumindest in Alten Eichen System. Und was tut die Diakonie? Beschwichtigen. Da werden Outsourcing und Zeitarbeit als akzeptable Ausnahmen deklariert. Und überhaupt: Schuld sei das Gesundheitssystem, in dem es viel zu wenig Geld gebe. Landespastorin und Diakonie-Chefin Annegret Stoltenberg - sonst immer gerne an vorderer Stelle dabei, wenn es darum geht, soziale Missstände zu kritisieren - hat offenbar kein allzu großes Interesse an Aufklärung. Spätestens jetzt möchte man wütend werden. Wer so hohe moralische Maßstäbe an sich und andere anlegt, sollte angesichts eines Skandals im eigenen Haus etwas Demut zeigen. Und zumindest aufklären wollen.

Dass die Diakonie auf einem hart umkämpften Markt unter schwierigen Umständen agiert, ist unbestritten. Wenn sie aber, um dort zu bestehen, zu ausbeuterischen Methoden greift, dann kommt das einer moralischen Bankrotterklärung gleich.

Das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und -nehmer besteht aus Geben und Nehmen. Die Beschäftigten der Diakonie geben viel. Sie haben nicht zufällig einen sozialen Beruf gewählt. Sie wollen nicht "nur" Geld verdienen - sie wollen anderen Menschen helfen. Und die allermeisten von ihnen tun das mit bewundernswertem Engagement, unbezahlte Überstunden inbegriffen. Sie dürfen mehr erwarten als selbstgefällige Doppelmoral.

Wie hieß es doch? "Die Diakonie kann in direkter biblischer Tradition gesehen werden." In der Bibel gibt es viele Gleichnisse. Von Splittern in den Augen des anderen und von Balken in den eigenen. Von Samaritern - und von Pharisäern.

Hamburger Abendblatt, 24.11.2011

Schwere Ver.di-Vorwürfe: Strafanzeige gegen Alten Eichen

Sascha Balasko

Mitgliedsgewerkschaft Ver.di erhebt schwere Vorwürfe gegen christlichen Arbeitgeber wegen Verdachts auf Schwarzarbeit und Betrug.

Hamburg. Eine neue Wohnung braucht Klaus Schulz (Name geändert) gar nicht erst zu suchen. Er bekäme keinen Mietvertrag. Einen Kredit für eine neue Couchgarnitur erhielt er auch nicht. Nicht etwa, weil Schulze kein Einkommen hätte, sondern weil sein Chef den Arbeitsvertrag immer nur um ein Jahr verlängert, kann Schulz keine Sicherheiten bieten. Sein Chef ist nicht irgendwer. Es handelt sich um Pastor Torsten Schweda, den Vorstandsvorsitzenden der Ev.-Luth. Diakonissenanstalt Alten Eichen.

Schulze will seinen wahren Namen nicht veröffentlicht sehen. Er fürchtet um seinen Job bei der Alten Eichen Service GmbH im Bereich der Technik und Hausmeisterei, einer ausgegliederten Gesellschaft der Diakonissenanstalt. Er hat Angst davor, dass sein Vertrag nicht noch einmal verlängert wird. "In meinem Alter bekomme ich doch keine neue Arbeitsstelle mehr", sagt er. Er hat Angst vor einem christlichen Arbeitgeber. Einem Arbeitgeber, der Beschäftigungsmethoden verfolgt, die laut Ver.di gegen geltendes Recht verstoßen. "Es ist nämlich nicht rechtens, einen Einjahresvertrag ohne einen Sachgrund mehr als einmal zu verlängern", sagt Arnold Rekitke, Gewerkschaftssekretär von Ver.di. Ein Sachgrund, etwa eine Schwangerschaftsvertretung, lag bei Schulz nicht vor.

"Schweda macht hier die Gesetze", so lautet ein geflügeltes Wort bei Alten Eichen. Die wiederholte Verlängerung von Einjahresverträgen ist nicht der einzige Umstand, der Ver.di ein Dorn im Auge ist. Die Arbeitnehmervertreter prangern an, dass die Einrichtung mit angeblich dauerhafter Leiharbeit gegen das Kirchenarbeitsrecht verstößt. So hat die Diakonissenanstalt eine eigene Zeitarbeitsfirma, deren Beschäftigte laut Schweda "zu 95 Prozent" in den Einrichtungen von Alten Eichen beschäftigt sind. Beschäftigung von Leiharbeitern lehnt die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) zwar nicht grundsätzlich ab. So sei sie zum Überbrücken etwa bei "kurzzeitigem Beschäftigungsbedarf" erlaubt. Aber "die auf Dauer angelegte Beschäftigung von Leiharbeiternehmern (...) ist mit dem Kirchenarbeitsrecht nicht vereinbar", heißt es etwa im Jahr 2006 formulierten Leitbild der EKD. Viel stärker noch als der vermeintliche Verstoß gegen das Kirchenarbeitsrecht aber wiegt der Vorwurf des Sozialversicherungs- und Steuerbetrugs. Da Pfleger, die auf der 400-Euro-Basis beschäftigt werden, für dieselbe Tätigkeit zusätzlich Aufwandsentschädigungen erhalten, spricht Rekitke von "Schwarzarbeit". Der Gewerkschafter hat deshalb Strafanzeige gegen Verantwortliche der Diakonissenanstalt erstattet. "Die Anzeige ist bei uns eingegangen", sagte Oberstaatsanwalt Wilhelm Möllers. "Sie wird nun an die Wirtschaftsabteilung weitergeleitet, um dort geprüft zu werden." Schweda kündigte an, "bei einer Verlautbarung von offizieller Seite (...) mit den Ermittlungsbehörden zusammenzuarbeiten und alles zu ihrer Unterstützung und zur Aufklärung der erhobenen Vorwürfe Erforderliche" zu tun.

Strafrechtlich relevant könnte ein weiteres Konstrukt in Pastor Schwedas weit verzweigtem Firmengeflecht sein. Klaus Schulz hat neben seiner Beschäftigung bei der Alten Eichen Service GmbH im Bereich der Technik und Hausmeisterei auch einen Vertrag für geringfügig Beschäftigte bei der Diakoniestation Alten Eichen gGmbH. Er bekommt 200 Euro für einen sogenannten Minijob, für den er nach eigener Aussage keine zusätzliche Arbeit verrichtet. Gewerkschafter Rekitke hält das für "nicht zulässig". Wenn ein Arbeitgeber demselben Arbeitnehmer einen Minijob für dieselbe Tätigkeit anbietet, begehe er nach seiner Überzeugung Sozialversicherungsbetrug.

Unterstützung bekommt er vom Arbeitsrechtler Rolf Geffken: "Es handelt sich um einen Betrieb, egal, wie viele Gesellschaften es sind. Wenn die Gesellschaften denselben Geschäftsführer haben, dann gibt es ein einheitliches Direktionsrecht." Es bestehe dann der Verdacht des sogenannten Formenmissbrauchs und damit des Sozialversicherungsbetrugs. Diesen streitet Pastor Schweda ab. "In beiden Fällen werden Sozialversicherungsbeiträge gezahlt."

Gewerkschafter Rekitke kritisiert weiter die Entlohnung von Klaus Schulz, die bei einer 40-Stunden-Woche 1400 Euro verdient. "Dabei beträgt das Einstiegsgehalt laut Kirchlichem Tarifvertrag Diakonie

1719 Euro bei 35 Stunden sowie Sonn- und Feiertagszuschläge. Das ist nichts anderes als Lohndrückerei." Pastor Schweda widerspricht diesem Vorwurf. Er hat auch guten Grund, schließlich hat Katrin Göring-Eckardt, Präses der Synode der EKD, bei Niedriglöhnen mit dem Ausschluss aus der Diakonie gedroht.

Rekittke hat bereits vor einem Jahr die Diakonie Hamburg aufgefordert, diese Arbeitspraktiken abzustellen, aber bis heute keine Antwort erhalten. "Das wundert mich nicht. Der Aufsichtsratschef heißt ja auch Pastor Torsten Schweda."